

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Slowenien, das seit Januar 2008 die Ratspräsidentschaft der EU innehat, hatte sich für dieses Halbjahr vorgenommen, die Integration der Staaten des westlichen Balkans entscheidend voranzubringen. Nun muss das ex-jugoslawische Neumitglied der EU mit den großen Turbulenzen umgehen, welche die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008 hervorgerufen hat. Michael Raith analysiert in dieser Ausgabe der Südosteuropa Mitteilungen die Probleme, mit denen die EU gegenwärtig in Bezug auf eine Stabilisierung der Balkanregion konfrontiert ist. Die „Erweiterungsmüdigkeit“, so der Autor, hat inzwischen auch die Staaten des westlichen Balkans selbst erreicht. Während die Politiker in den Hauptstädten der EU über die Erweiterungskapazität der Union diskutieren, haben manche ihrer Kollegen in Südosteuropa ihre Reformprojekte beiseite gelegt und sich stattdessen der Austragung interner Streitigkeiten gewidmet.

Beim Kandidatenland Türkei sind die EU-Beitrittsperspektiven derzeit akut in Frage gestellt. Der türkische Generalstaatsanwalt hat beim Verfassungsgericht ein Verbotsverfahren gegen die regierende AKP eingeleitet – die Partei, die als überwältigender Sieger aus den letzten Wahlen hervorging. Zugleich wurde ein mehrjähriges Politikverbot gegen Premier Erdoğan und Staatspräsident Gül beantragt. Auch der Druck von Seiten des mächtigen türkischen Militärs hat sich seit der Amtsübernahme von Generalstabschef Büyükanıt erheblich verstärkt, so der Autor Mehmet Bardakçı in seiner Analyse der Beziehungen zwischen türkischer Armee und AKP. In Europa werden angesichts der Entwicklungen in der Türkei erneut vermehrt Stimmen laut, die sich in ihrer Skepsis gegenüber der „Europafähigkeit“ des Landes bestätigt sehen. Andere wiederum werten die aktuellen Verwerfungen als Beleg dafür, dass die Türkei die Beitrittsperspektive zur EU mehr denn je benötigt, damit sie nicht ganz vom Reformweg abkommt und der „tiefe Staat“ am Ende allein die Geschicke des Landes dominiert.

Die innenpolitischen Entwicklungen in den neuen EU-Staaten Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien haben deutlich gemacht, dass mit dem Beitritt zur EU keineswegs alle Probleme der post-kommunistischen Länder gelöst sind. Sie haben mit wachsenden sozialen Disparitäten, mit Instabilität des politischen Systems, mit Legitimitätsproblemen demokratischer Institutionen und mit offensichtlichen Defiziten der politischen Kultur zu kämpfen. Ob es sich bei den Spielarten populistischer und nationalistischer Tendenzen in Rumänien, Ungarn und Bulgarien um ein „Post-Beitritts-Syndrom“ handelt, untersuchen Anneli Ute Gabanyi, Attila Ágh und Sonja Schüler in dem Schwerpunkt „Populismus und politische Kultur nach dem EU-Beitritt“. Die Sorgen der EU mit den Neumitgliedern sind jedenfalls nicht gänzlich neu, das lässt sich am Beispiel Griechenlands nach dessen Beitritt 1981 zeigen. Die Hellenen, so Heinz-Jürgen Axt, brachten die EU-Partner damals mit ihrer Opposition gegen manche im Konsens zu fällende Entscheidung öfter an den Rand der Verzweiflung. Axt zeigt

exemplarisch, welche Faktoren es waren, die Griechenland substanziell veränderten und schließlich doch auf einen verlässlichen pro-europäischen Weg brachten. Die Überwindung populistischer Tendenzen in neuen Mitgliedstaaten kann jedenfalls Jahrzehnte dauern, so die Lehre aus dem griechischen Beispiel. Eine Mahnung also zur Geduld gegenüber den Neumitgliedern in Ostmittel- und Südosteuropa.

Wir wünschen Ihnen eine anregende und aufschlussreiche Lektüre.

Ihre Redaktion

Hansjörg Brey

Claudia Hopf